



EDU teilt Ansicht des Regierungsrats

Unsere Fraktion hat grundsätzlich die Haltung des Regierungsrats unterstützt. In meinem Votum habe ich den Regierungsrat jedoch gebeten, bei Asylsuchenden, welche sich wegen dem alten langen Verfahren bereits länger im Kanton Bern aufhalten und sich bereits integriert haben, im Sinne einer Härtefall-Regelung auf eine

Verschiebung nach Prêles zu verzichten.

«ZWEI PROBLEME BLEIBEN UNGELÖST.»

Jakob Schwarz

haben und die Schweiz verlassen müssten, sollten nach unserer Auffassung in einem Rückkehrzentrum untergebracht werden und dort bis zur Ausreise die gesetzlich vorgesehene Nothilfe (Unterkunft und Verpflegung) erhalten. Dieser

Aber diejenigen, welche nach neuem Asylrecht ein rechtsstaatliches Verfahren durchlaufen haben

Auftrag des Bundes sei zu erfüllen, nicht zuletzt auch um die Akzeptanz in der Bevölkerung für das Asylwesen sicherzustellen.

Andere Kantone, etwa Solothurn, betreiben bereits erfolgreich solche Zentren. Während der ganzen Debatte konnte auch niemand einen alternativen Vorschlag bieten, weil sich grundsätzlich keine Region im Kanton Bern ein solches Zentrum in der Nähe wünscht.

Die Mitte-Links-Parteien brachten zusammen mit Vertretern aus der Region mit 80 gegen 73 Stimmen eine knappe Mehrheit für die Motion zusammen. Damit bleiben zwei Probleme ungelöst: Der Regierungsrat muss sowohl für die Rückkehr von abgewiesenen Asylsuchenden eine neue Lösung finden, als auch für die Liegenschaft in Prêles, wo jährliche Kosten von 200 000 Franken für ein leeres Gebäude anfallen. •

Mehr Elektro-Mobilität für KMU

Die Förderung der Elektro-Mobilität ist EDU-Grossrätin Katharina Baumann ein Anliegen. In der Frühlingssession des Grossen Rates wurde eine ihrer Motionen zum Thema als Postulat überwiesen. Ihren Vorstoss und das weitere Vorgehen erklärt Katharina Baumann kurz im Rückblick auf die Session.

Katharina Baumann



Meine Motion verlangte Fördermassnahmen, um die Elektro-Mobilität im KMU-Bereich zu stärken. Mit kantonale geförderten Anreizen könnten KMU-Betriebe einen wesentlichen Beitrag zu einer klimafreundlicheren Mobilität leisten. Dies nicht bei Nutzfahrzeugen, aber im Bereich Kleinwagen für das tägliche Bewältigen von kurzen Distanzen.

In der Schweiz hat der Verkehr einen Anteil von gut einem Drittel am Gesamtenergieverbrauch. Ein Grund, sich für effizientere Fahrzeuge einzusetzen. Elektrisch betriebene Fahrzeuge sowie Hybridfahrzeuge tragen zur Effizienzsteigerung bei. Viele alltägliche Mobilitätsbedürfnisse können mit Elektro-Mobilität abgedeckt werden.

Anreize schaffen

Die Verkaufszahlen bei Elektrofahrzeugen in der Schweiz sind noch viel zu tief. Wie in der

Produktion von erneuerbaren Energien, könnten Firmen und KMU-Betriebe eine Vorbildrolle übernehmen. Noch sind Elektro-Autos steuerlich bevorzugt. Dies wird sich aber bei zunehmendem Anteil im Strassenverkehr vermutlich rasch ändern. Deshalb forderte ich vom Regierungsrat, dass konkrete Wege ausgearbeitet werden, die einen vermehrten Einsatz von E-Mobilität im KMU-Bereich stärken und Anreize schaffen.

Möglichkeiten sehe ich in der Gestaltung von E-Flottenmanagement, der Einführung eines Bonus-Systems, der Ausarbeitung eines Labels als Gewichtung bei öffentlichen Ausschreibungen und bei der Gestaltung der Motorfahrzeugsteuer mit Vergünstigungen von E-Kleinfahrzeugen. Meine Forderung wurde mit 125 zu 21 Stimmen als Postulat überwiesen. Das freut mich sehr und ich bin dankbar. •

